

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

23.07.2024

Inhalt

EWN

1 Schwesig für Bau weiterer Windparks <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 23.07.2024</i>	3
2 Lübeck lehnt erneut Aufnahme von AKW-Bauschutt ab <i>Lübecker Nachrichten - Lübecker General-Anzeiger, 23.07.2024</i>	4
3 EU schaut sich belgische Laufzeitverlängerung genau an <i>Energie & Management powernews, 22.07.2024</i>	5

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 23.07.2024 | S. 15

📄 Auflage: 23.530 | Reichweite: 79.409

Schwesig für Bau weiterer Windparks

Ministerpräsidentin Schwesig will mehr Windparks auf See bauen lassen. Für die SPD-Politikerin haben sie mehr als einen Vorteil.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) will den Bau weiterer Windparks auf See ermöglichen. „Die Windkraft auf See hat im Regelfall eine höhere Akzeptanz als die Windkraft an Land“, erklärte Schwesig während ihrer Sommertour auf Rügen. Auf See würden große und leistungsfähige Einheiten errichtet. Wichtig sei auch, dass sogenannte Konverterplattformen im Land entstünden und für Arbeit in der maritimen Wirtschaft sorgen. Konverterplattformen sind große Anlagen, die in der Nähe von Windparks im Meer stehen. Sie wandeln den von Windenergieanlagen erzeugten Wechselstrom in Gleichstrom um, der sich für eine verlustarme Übertragung über große Entfernung eignet.

men im Land entstünden und für Arbeit in der maritimen Wirtschaft sorgen. Konverterplattformen sind große Anlagen, die in der Nähe von Windparks im Meer stehen. Sie wandeln den von Windenergieanlagen erzeugten Wechselstrom in Gleichstrom um, der sich für eine verlustarme Übertragung über große Entfernung eignet.

Lübeck lehnt erneut Aufnahme von AKW-Bauschutt ab

Der Kreis Steinburg will Abbruchmaterial aus dem Kernkraftwerk Brokdorf auf der Deponie Niemark entsorgen

Der Kreis Steinburg hat die Entsorgungsbetriebe Lübeck um Hilfe bei der Deponierung von Abbruchmaterial aus dem Kernkraftwerk Brokdorf gebeten. Vergeblich.

Die Hansestadt weigert sich weiterhin, sogenannten frei gemessenen Bauschutt aus Atomkraftwerken, die abgerissen werden, auf der Deponie Niemark zu entsorgen. Bereits Ende Mai lehnte Umweltsenator Ludger Hinsen (parteilos) eine Anfrage aus dem Kreis Steinburg ab. Dort steht das AKW Brokdorf, das von 1986 bis Ende 2021 am Netz war und abgerissen werden soll.

„Die Abfallwirtschaft des Kreises Steinburg ist als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger zuständig für Abfälle aus dem Kernkraftwerk Brokdorf“, bestätigt die Pressestelle in Itzehoe. Da der Kreis nicht über eigene Deponien verfüge und auch keine Verträge mit Deponien außerhalb des Kreises bestünden, seien als geeignet identifizierte Deponien angeschrieben worden. Laut dem AKW-Betreiber Preussen Elektra soll der Rückbau von Brokdorf bis 2036 abgeschlossen sein. Es gehe um 655.000 Tonnen Bausubstanz, von denen „nur ein Bruchteil“ radioaktiv sei.

Steinburg will 195 Tonnen loswerden

Am 30. April habe der Kreis um die Deponierung von gut 195 Tonnen frei gemessenen Abfällen - Dämmmaterial und asbesthaltige Abfälle - bei den Entsorgungsbetrieben Lübeck angefragt. Die Anfrage sei am 28. Mai seitens der Hansestadt abgelehnt worden. Das bestätigt Umweltsenator Ludger Hinsen: „Ich habe persönlich dem Kreis Steinburg abgesagt.“ Hinsen hat in der vergangenen Woche den Werkausschuss der Entsorgungsbetriebe darüber informiert. Die Politiker hätten den Vorgang ohne Kritik zur Kenntnis genommen, berichtet der Senator.

Politik und Verwaltung im Kreis Steinburg, der für die Entsorgung von Abfällen in seinem Gebiet zuständig ist, hätten sich viel früher Gedanken machen müssen, „wo die Abfälle aus dem Kernkraftwerk Brokdorf entsorgt werden können“, kritisiert der Lübecker Umweltsenator.

Hinsen beruft sich auf einen Bürgerschaftsbeschluss von Ende November 2020, der die Verwaltung beauftragte, alle Rechtsmittel gegen die Zuweisung von Bauschutt des AKW Brunsbüttel zu nutzen. Die Anfrage aus Steinburg sei der aus Dithmarschen ähnlich, sagt Hinsen. In beiden Fällen gehe es um frei gemessenen Bauschutt, der laut den Betreibern nur leicht kontaminiert ist und beim Abriss gereinigt wird.

195 Tonnen aus dem Kreis Steinburg wären nicht die Welt. Die 1963 in Betrieb gegangene Deponie Niemark fasst insgesamt 10,5 Millionen Kubikmeter Abfall. 95 Prozent der Anlage sind bereits verfüllt, 505.000 Kubikmeter stehen noch zur Verfügung. Die Entsorgungsbetriebe Lübeck (EBL) rechnen damit, dass Niemark noch bis 2033 genutzt werden kann.

Beim AKW Brunsbüttel im Kreis Dithmarschen war zunächst von weit größeren Mengen Bauschutts die Rede, die nach Niemark gebracht werden sollten. In der Anfrage des Kreises war von 250 Tonnen die Rede, in der Zuweisung aus Kiel von 11.400 Tonnen. Das Land korrigierte die Menge später auf 1400 Tonnen.

Im Mai 2021 hatte die Landesregierung die Zuweisung des Bauschutts an die Lübecker Deponie ausgesprochen - allerdings auf einen Sofortvollzug verzichtet. Im Oktober 2021 reichte die Hansestadt Klage beim Verwaltungsgericht ein. Über diese Klage ist bis heute nicht entschieden.

58 Prozent der Lübecker gegen den AKW-Bauschutt

In einer repräsentativen Umfrage aus dem März 2021, die die Stadt in Auftrag gegeben hatte, sprachen sich 58 Prozent der 1012 befragten Lübecker gegen den AKW-Bauschutt aus. Nur 28 Prozent der Befragten stimmte für die Aufnahme des Bauschutts auf Niemark. Weibliche Befragte waren deutlich häufiger gegen eine Lagerung des frei gemessenen Bauschutts auf als männliche.

EU schaut sich belgische Laufzeitverlängerung genau an

Brüssel gegen Brüssel: Steht Belgiens geplante Subventionierung der Meiler Doel 4 und Tihange 3 im Einklang mit den EU-Beihilfavorschriften? Das will die Kommission jetzt genau wissen.

Die Europäische Kommission hat eine eingehende Untersuchung eingeleitet, um zu prüfen, ob Belgiens geplante staatliche Unterstützung für die Laufzeitverlängerung der beiden Atomreaktoren Doel 4 und Tihange 3 mit den EU-Beihilfavorschriften im Einklang steht.

Die beiden Reaktoren mit einer Gesamtkapazität von 2.000 MW gehören Tochtergesellschaften des französischen Energieunternehmens Engie. Belgien plant, ihre Laufzeit um zehn Jahre zu verlängern, um die Stromversorgungssicherheit in Belgien und seinen Nachbarländern zu gewährleisten und gleichzeitig die CO₂-Intensität des belgischen Strommixes so gering wie möglich zu halten.

Zur Unterstützung der Laufzeitverlängerung plant der belgische Staat unter anderem die Gründung eines

Gemeinschaftsunternehmens mit der Engie-Tochter Electrabel, ein Darlehen von rund 580 Millionen Euro und eine Garantie zur Gewährleistung des operativen Cashflows.

Zudem sollen Verbindlichkeiten von Electrabel im Zusammenhang mit der Lagerung radioaktiver Abfälle und abgebrannter Brennelemente gegen Zahlung eines Pauschalbetrags von 15 Milliarden Euro auf den belgischen Staat übertragen werden.

Obwohl die belgische Maßnahme zum gegenwärtigen Zeitpunkt gerechtfertigt erscheine, habe die Kommission Zweifel an ihrer Vereinbarkeit mit den EU-Beihilfavorschriften, teilte die Brüsseler Behörde mit. Mit der Einleitung des eingehenden Prüfverfahrens erhalten Belgien und Beteiligte Gelegenheit zur Stellungnahme.